

Das Ende der Donaukonferenz

Die Viermächte-Konferenz

London, 8. April. Die Viermächte-Konferenz trat heute vormittag unter dem Vorsitz MacDonaldis im Foreign Office zusammen. Der Ausschuss der Konferenz wird in dieser Sitzung seinen Bericht vorlegen und, wie man glaubt, im Hinblick auf die gestern zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten eine Vertagung der Konferenz auf unbestimmte Zeit beantragen.

Staatssekretär des Aeußeren v. Bülow gab Pressevertretern gegenüber seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Dinge eine solche Wendung genommen hätten. Er fügte hinzu, er habe von Anfang an die Empfindung gehabt, daß die Lage zu verwickelt sei, als daß man die Beratungen darüber in drei Tagen erledigen könne.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte: Das ist das Ende. Wir haben unser Bestes getan.

Die Viermächte-Konferenz hat sich dann, wie gestern schon berichtet, ohne nähere Angabe eines Termins für den Wiederzusammentritt vertagt.

London, 8. April. Wie aus dem nach Schluß der Donaukonferenz der vier Mächte veröffentlichten Kommuniquée hervorgeht, hat die Konferenz kein greifbares Ergebnis gehabt. Von deutscher Seite war bekanntlich von Anfang an daran gezweifelt worden, daß in der kurzen Zeit von drei Tagen ein genügendes Resultat zustandekommen werde. Die Erörterungen haben so weitgehende Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Zusammenfassung einer Donaukonferenz, der Weisbegünstigungen sowie in der Frage der Präferenzen ans Licht gebracht, daß eine gründliche Vorbereitung im Sinne des veröffentlichten Kommuniquées notwendig ist, bevor eine endgültige Lösung des Donauproblems in Aussicht gestellt werden kann. Es ist zu erwarten, daß der Haden in wenigen Tagen in Genf weitergesponnen wird. Von deutscher Seite ist alles bis an die Grenze der Vereinbarkeit mit lebenswichtigen deutschen Interessen getan worden, um eine Lösung herbeizuführen.

Die Mehrzahl der deutschen Delegierten fährt heute abend wieder nach Berlin zurück. Staatssekretär von Bülow beabsichtigt, sich morgen früh nach Paris zu begeben und von dort nach Genf weiterzufahren.

Das Kommuniquée

London, 8. April. Nach Abschluß der heutigen Sitzung der Viermächte-Konferenz wurde folgendes Kommuniquée ausgegeben: Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen sind darüber einig, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Donauländer rasches planmäßiges Handeln sowohl seitens der Donauländer als auch anderer Staaten erfordert, wenn sie auf eine gesunde Grundlage gestellt werden soll. Sie sind ferner darüber einig, daß ein solches Handeln im Interesse der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas liegt und ein erster Schritt auf diesem Wege sein kann.

Als Ergebnis der Beratungen der Konferenz sind eine Anzahl wirtschaftlicher Punkte aufgetaucht, die weitere Prüfung und weitere Erhebungen erfordern. Die bevorstehenden Genfer Tagungen würden in der nächsten Woche auf alle Fälle die Fortsetzung der gegenwärtigen Beratungen verhindern. Unter diesen Umständen hat jede der vier Regierungen zugesagt, den drei anderen so bald wie möglich eine eingehende Darstellung ihrer Auffassung über die zurückgestellten Punkte und über die beste Art des weiteren Vorgehens zuzustellen.

Ausblick auf die Londoner Konferenz

London, 8. April. Von unterrichteter deutscher Seite wurde heute der Auffassung, daß die Londoner Viermächte-Konferenz ein außerordentliches Mißgeschick sei, entgegengetreten. Eine derartige Sache könne nicht in einem Zuge zu Ende geführt werden. Man müsse erneut zusammenkommen und wahrscheinlich wiederholt tagen. Eine Lösung könne nur in Etappen erreicht werden. Von deutscher Seite wäre allerdings ein etwas hoffnungsvollerer und freundlicherer Ausgang gewünscht worden, der den Donauländern einige Aussicht auf eine baldige Regelung geboten hätte. Die Memoranden, die die vier Regierungen ausarbeiten sollen, werden sicherlich technischer Natur sein; denn das Prinzipielle sei bereits gesagt worden. Die Memoranden werden dann ausgetauscht werden. Man dürfe aber nicht glauben, daß damit alle Probleme gelöst oder auch nur behandelt sind. Vielmehr müsse man damit rechnen, daß bei weiteren Diskussionen neue Probleme auftauchen. Die deutsche Delegation habe sich heute wiederholt gegen Vorschläge wenden müssen, die darauf hinausläufen, daß mit Deutschlands Beteiligung und mit auf deutsche Kosten Experimente mit ungenügendem Ausgang unternommen würden, die erheblichen Schaden oder Opfer von Deutschland fordern. Auch der Völkerbundrat wird voraussichtlich nicht zu einem vollständigen Ergebnis kommen können und wird die Angelegenheit auf einer späteren Sitzung wieder aufnehmen müssen. Der Vorwurf, von deutscher Seite sei bei diesen Besprechungen nicht genügend der deutsche Plan verteidigt worden, sei unbegründet. Wenn eine Donaukonferenz kommen wird, und wie sie aussehen werde, könne heute noch nicht gesagt werden. Die Frage, ob Bulgarien mit einbezogen werden soll oder nicht, bleibe vollkommen offen. Es bleibe abzuwarten, wie der Völkerbundrat Bulgarien im Rahmen der Berichte des Finanzkomitees behandeln wird. In der Sitzung, die heute morgen

stattfindet, hat Flandin eine formulierte Erklärung abgegeben, in der behauptet wurde, die starre Haltung der Staaten, die nicht bereit sind, auf ihre Rechte der Weisbegünstigung zu verzichten, sei an dem Mißerfolg der Konferenz schuld. Von deutscher Seite wurde Flandin mit entsprechendem Nachdruck erwidert und ihm bedeutet, daß man eine solche Mißdeutung der Lage nicht hinnehmen könnte.

MacDonaldis Vermittlungsvorschlag

Paris, 8. April. Die Londoner Berichterstatter der französischen Presse melden übereinstimmend, daß der englische Ministerpräsident MacDonald gestern abend, um die Konferenz doch noch zu retten, einen Vermittlungsvorschlag unternommen habe, indem er den italienischen Antrag, die Viererkonferenz durch eine Konferenz der neun Mächte zu ersetzen, vorgeschlagen habe. Der französische Finanzminister Flandin habe Vorbehalte gemacht und erklärt, sich zunächst mit Lardieu in Verbindung setzen zu müssen. Um 8 Uhr abends habe sich — so berichtet „Echo de Paris“ — Flandin ins Unterhaus begeben, um MacDonald die Antwort des französischen Ministerpräsidenten zu überbringen: Sie lautet: Die Neunenkonferenz würde die Schwierigkeiten, auf die die Viererkonferenz gestoßen sei, nicht beheben können und sie höchstens noch vergrößern. Man brauche sich nicht auf ein Verfahren einzulassen, das der Souveränität und Unabhängigkeit der Donauländer Abbruch tun würde. „Echo de Paris“ berichtet weiter, daß bei dieser Besprechung MacDonald-Flandin auch der Wortlaut der Entschließung, in der die Vertagung der Konferenz begründet werden soll, festgelegt worden sei. Die Vertagungsentschließung werde erklären, daß die Viererkonferenz nicht in der Lage sei, ihre Arbeiten fortzusetzen, weil die Abrüstungskonferenz am 11. April wieder anhebe, und die Verhandlungen sehr viele Lücken in der Dokumentierung der einen und der anderen Frage herausgestellt hätten, daß aber die Verhandlungen eines Tages wieder aufgenommen werden könnten, und in der Zwischenzeit die Regierungen Memoranden austauschen würden, in denen die verschiedenen Standpunkte präzisiert und begründet werden würden. Sie dürften aber ihre geheime Rolle bei der Vertiefung der Ansichten über rein wirtschaftliche Fragen gespielt haben. Das Organ der Arbeiteropposition, „Daily Herald“, weist

MacDonald vor, er habe durch Einberufung der Konferenz eine aussichtslose Arbeit unternommen, denn er habe versucht, Deutschland und Italien dazu zu überreden, den französischen Plan trotz seiner wirtschaftlichen Wertlosigkeit und seiner politischen Hintergedanken anzunehmen. „Financial News“, das an der französischen Politik äußerst scharfe Kritik übt, führt aus: In halbamtlichen Kreisen wird offen zugegeben, daß die Art und Weise, in der Frankreich den Anschein erweckt hat, als ob England vollkommen hinter seinen Vorschlägen stehe, eine Quelle des Mißvergnügens und der Verlegenheit der britischen Minister gewesen ist, die viel Verständnis sowohl für den italienischen als auch für den deutschen Standpunkt haben.

Englische Beurteilung der Lage

London, 8. April. Von maßgebender britischer Seite wird der gegenwärtige Zustand als eine Pause in den Arbeiten der Konferenz bezeichnet. Der englische Standpunkt läßt sich folgendermaßen skizzieren: Schon im Januar hat England die ersten Schritte unternommen, um festzustellen, auf welche Weise die sich dauernd verschlimmernde Lage der Donauländer, insbesondere Österreichs und Ungarns gebessert werden könnte. Nach englischer Ansicht sollten sich zunächst einmal die „heißenden“ Regierungen auf einen gemeinsamen Weg einigen und dann das Resultat den hilfskräftigen Regierungen in Form von Ratsschlüssen mitteilen lassen. Bei den letzten besetzten Beratungen hat sich ergeben, daß die Art der Hilfsmassnahmen, die die eine oder andere Regierung anzubieten imstande ist, von schädlichen Wirkungen auf irgend eine der helfenden Mächte sein könnte. Eine andere Reihe von Schwierigkeiten ergab sich aus der Verschiedenheit der Bedürfnisse der Hilfsbedürftigen. Die englische Regierung hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß eine gemeinsame Konferenz beider Mächtegruppen als erster Schritt ungewöhnlich wäre. Großer Wert wird seitens der englischen Regierung auf die Zusammenfassung der Mächte in Gruppen gelegt, denn nur auf diese Weise kann das zur Rettung Europas notwendige System der gegenseitigen Hilfe ins Leben gerufen werden. Es wird betont, daß England zu keinem Zeitpunkt der Verhandlungen ein vorübergehendes Programm gehabt habe, daß die Erwägung von anderer Seite kommender Anregungen ausgeschlossen hätte. In den Verhandlungen drehte es sich vor allem um die Frage, wie weit die helfenden Mächte auf ihre Weisbegünstigungsrechte, wenigstens zeitweilig verzichten könnten. Da sich herausstellte, daß einige der Konferenzteilnehmer einer völligen Aufgabe ihrer Rechte nicht ohne weiteres zustimmen konnten, wurde erörtert, ob man nicht wenigstens für bestimmte Warengruppen die wünschenswerte Aufgabe der Weisbegünstigungsrechte erzielen könne. Aber auch hier kam es zu keiner Einigung. Zusammenfassend wird erklärt: Wenn wir keine detaillierte Reihe von Uebereinkünften zustande gebracht haben, so zeigt dies keinen Mangel an gutem Willen, sondern lediglich die Kompliziertheit des Problems.

Dichtung und Wahrheit

Deutsche Erklärungen zu polnischer Hege

Berlin, 8. April. Dem Völkerbundsrat liegt seit Dezember vorigen Jahres eine Beschwerde des Polenbundes vor, die über die angebliche Bedrückung der polnischen Minderheit durch die deutschen Behörden nicht nur in Deutsch-Oberschlesien, sondern darüber hinaus in den anderen Landesteilen Preußens Klage führt. In der in Genf überreichten Antwort der Reichsregierung wird zunächst in scharfer Form formelle Rechtsverletzung gegen den Versuch des Polenbundes eingeleitet, Vorkommnisse außerhalb Oberschlesiens zum Gegenstand einer Klage beim Völkerbund zu machen. Ferner wird auch auf die Lage der polnischsprachigen Bevölkerung in den übrigen preussischen Provinzen eingegangen mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß hierin kein Präzedenzfall erblickt werden darf, der etwa für die Zukunft eine Zuständigkeit des Völkerbundsrates für innerdeutsche Minderheitenfragen außerhalb Oberschlesiens begründen könnte.

Im zweiten Teil der Note wird an Hand von Beweismaterial nachgewiesen, daß die Behauptungen des Polenbundes über eine feindliche Einstellung der deutschen Behörden und Bevölkerung gegenüber der Minderheit nicht auf Wahrheit beruhen. Ueber das Schulwesen wird erklärt, daß die zahlenmäßig schwache Entwicklung des polnischen Minderheitenschulwesens in Preußen darauf zurückzuführen ist, daß auch dem polnischen Volkstum angehörende Eltern ohne jede Beeinträchtigung der deutschen Schule den Vorzug geben. Ferner werden in der Antwort die Beschuldigungen über eine angebliche Behinderung der freien Willens-

ausübung der Minderheiten bei den Parlamentswahlen, über angeblich erzwungene Umbenennung polnischer Ortsnamen in Ostdeutschland, über den Gebrauch der polnischen Sprache bei Gerichtsverhandlungen, über angebliche Beeinträchtigung des religiösen Lebens der Minderheit und die Klagen über angebliche Behinderung ihres Wirtschaftslebens zurückgewiesen.

Die Antwort geht dann ausführlich auf die Ursachen ein, die tatsächlich die beklagenswerte Spannung zwischen der polnischen Minderheit und der deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen veranlaßt haben. Es wird auf die Propaganda des großpolnischen Gedankens in den Grenzbezirken und auf die Unklarheit der polnischen Minderheitsführer, sowie die strupelosen Methoden der Schulverwaltung durch umherreisende Minderheitsagitatoren und politisierende Schullehrer hingewiesen. Dieses Verhalten der polnischen Minderheit erkläre die tiefgehende Erregung der Bevölkerung, die z. B. zu dem Zwischenfall in Jedwabno im Dezember vorigen Jahres geführt habe. Die Reichsregierung stellt dann fest, daß die Jingoalität der polnischen Minderheitsorganisationen durch Veranstaltungen jenseits der deutsch-polnischen Grenze genährt wird, wo in sogenannten „Ausbildungskursen“ den aus Deutschland kommenden polnischen Minderheitsangehörigen irrenden Lehren eingeimpft werden. Ein belagertes Verdict des Oberpräsidenten von Oberschlesien gibt ein erschreckendes Bild von dem Umfang dieser gefährlichen Machenschaften.

Neuer italienischer Abrüstungsvorschlag

Rom, 8. April. Dem Präsidium der Abrüstungskonferenz wurde heute eine neue italienische Denkschrift unterbreitet, in der, wie von unterrichteter Seite verlautet, genaue technische Vorschläge für die praktische Durchführung der von Grandi bereits im Februar aufgestellten Grundsätze einer qualitativen Abrüstung gemacht werden. Nach diesen Grundsätzen sollen bekanntlich abgeschafft werden: Für die Landstreitkräfte jede Art schwerer Geschütze und alle Arten Kampfwagen, für die Seestreitkräfte die Minenschiffe und gleichzeitig Unterseeboote sowie die Flugzeugmutter- und Schiffschiffe, für die Luftstreitkräfte die Bombenflugzeuge und schließlich für alle drei Gruppen alle Kampfmittel des chemischen und bakteriologischen Krieges. Außerdem soll durch eine Revision des Kriegesrechts der Schutz der Zivilbevölkerung erweitert werden. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß diese Vorschläge ein organisches Ganzes bilden und daß nicht willkürlich der eine oder andere dieser Vorschläge herausgegriffen und andere unberücksichtigt bleiben können. Die vertragsschließenden Parteien müßten sich danach verpflichten, jede schwere Artillerie zu zerstören, keine neue zu bauen oder zu kaufen und auch keine Ersatzteile herzustellen, mit denen schwere Geschütze oder Schiffsgeschütze in bewegliches Kriegsmaterial umgewandelt werden können. Unter den Begriff „schwerer Landgeschütze

und Schiffsbatterie“ fallen nach dem italienischen Vorschlag alle Geschütze über 100 bzw. 203 Millimeter Kalibergrößen, die beide unter den im Versailles-Vertrag zulässigen Grenzen liegen würden. Für die Befestigung der Seefestungen sind Ausnahmen zulässig. Die italienischen Vorschläge sehen eine genaue zahlenmäßige Erfassung der zulässigen Höchstgrenze der schweren Artillerie und ihrer Munition vor. Das gleiche gilt für die Minenschiffe (über 10 000 Tonnen) und Unterseeboote und Flugzeugmutter-schiffe, die bis zur völligen Kampfuntauglichkeit abgewrackt werden müssen, die Schiffsbefestigung sowie Schiffsmunition. Bei den Luftstreitkräften soll alles Reserve- und Ersatzmaterial zerstört werden und die Zahl der Ersatzbauten jährlich beschränkt bleiben. Für die Zivilluftfahrt soll Offenlegung der Betriebe unter technischer und administrativer Kontrolle eintreten.

Der Große Faschistische Rat für Revision der Verträge und Annulierung der Kriegsschulden

Rom, 8. April. Der Große Faschistische Rat nahm in seiner gestrigen Sitzung folgende Tagesordnung an: Der Große Faschistische Rat billigt nach eingehender Prüfung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage die vom Außenminister entwickelte Tätigkeit und beschäftigt von neuem, daß es, um die